

# Hirschberger Tageblatt.



Verlag von Geisler & Jke.

Redaction: Lichte Burgstraße 14 (Am Burghurm) 1. Etage.

Expedition: Lichte Burgstraße 14 (Am Burghurm) parterre.

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Bezugspreis für Hirschberg bei der Expedition und deren Commanditen 1 Mk. pro Quartal (Zusendung in's Haus 25 Pf. extra), monatlich 50 Pf., wöchentlich 15 Pf.; Einzelnummer 5 Pf. Durch die auswärtigen Commanditen und Postanstalten bezogen 1 Mark 10 Pf., incl. Abtrag 1 Mk. 50 Pf. pro Quartal. — Insertionspreis für die fünfspaltige Bettzelle oder deren Raum 15 Pf., Reclamenzeile 30 Pf. — Gebühren für Extrablätter je nach der zeitweiligen Auflage des Tageblattes. — Alle Annoncen-Bureau, sowie die Commanditen in Warmbrunn, Hermsdorf, Petersdorf, Schreiberhau, Schmiedeberg, Landesbut, Volkshain, Schönau, Lahn, Greiffenberg und Friedeberg a. Du. nehmen Inserat-Aufträge für das Hirschberger Tageblatt entgegen. Das Hirschberger Tageblatt ist unter Nr. 2733a im Nachtrage zum Post-Zeitungs-Katalog vermerkt.

Nr. 174.

Hirschberg i. Schl., Freitag, den 25. Oktober

1889.

Für die Monate

November und Dezember

kostet das

Hirschberger Tageblatt

75 Pfennige.

Bestellungen nehmen alle kais. Postanstalten, die Expedition und deren Commanditen entgegen.

## Mehr Geld für's Heer.

Die Thronrede liefert der Kritik wenig Angriffspunkte. Es wird versucht, die „friedenszuversichtlichen“ Erklärungen der Thronrede in einen Widerspruch mit den Mehrforderungen für militärische Zwecke zu bringen. Wäre ein solcher Widerspruch vorhanden, dann würde man denselben auch in vielen früheren Thronreden finden müssen. Thatsächlich existirt dieser Widerspruch aber nicht. Die Thronrede sagt keineswegs, daß der Friede für eine unabsehbare Zeit gesichert sei, sondern sie beschränkt sich darauf, den Glauben für berechtigt zu erklären, daß der Friede auch im nächsten Jahre erhalten bleiben wird. Die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens wird also nur für eine kurze Frist gegeben. Der Ausblick in die fernere Zukunft bleibt nach wie vor ernst. Wir wissen nicht, was die Zukunft in ihrem dunklen Schooße bergen wird und von der berufensten Stelle kann uns über das eine Jahr hinaus nicht die geringste Garantie gegeben werden. Wir müssen nach wie vor auf das Schlimmste gefaßt sein und vernünftiger Weise Alles thun, was in unserer Macht liegt, um dasselbe abzuwenden. Kann uns für eine gewisse, doch immerhin ziemlich engbegrenzte Zeit die Versicherung gegeben werden, daß innerhalb derselben der Friede menschlicher Voraussicht nach nicht gebrochen werden wird, so ist es unsere nationale Pflicht, diese Spanne Zeit zu benutzen, um uns auf jede spätere Eventualität zu rüsten und zu stärken. Stände der Krieg unmittelbar bevor, so würden die militärischen Mehrforderungen des neuen Stats voraussichtlich nicht gestellt worden sein, weil dieselben Einrichtungen betreffen, deren Durchführung sich nicht von heute zu morgen bewerkstelligen läßt. Es sind ja keine leichten Opfer, die gefordert werden. Dieselben stellen eine Kette dar, in welcher sich immer ein Glied an das andere schließt, ohne daß das Ende abzusehen wäre. Aber sind denn diese Opfer bisher vergeblich gewesen? Mit nichten. Ihnen verdanken wir es, daß der Friede bisher erhalten blieb, weil jeder der dem deutschen Reiche feindlich gesinnten Mächte das Risiko eines Angriffes auf das bezüglich seiner Schlagfertigkeit so hoch entwickelte Deutschland zu groß erschien. Jede dieser Mächte fühlte das Bedürfnis, sich vorher noch mehr zu rüsten, und für Deutschland entstand daraus die Nothwendigkeit, mit diesen Rüstungen Schritt zu halten. Wenn gefragt wird, wohin das schließlich noch führen solle, so kann man zunächst nur mit der Gegenfrage antworten: „Würden wir den Krieg etwa vorziehen?“ Es giebt nur wenige Menschen in Deutschland, die darauf mit „Ja“ antworten möchten. Man sollte sich auch vor Uebertreibungen hüten, und eine Uebertreibung ist es, wenn gesagt wird, Deutschland müsse unter den militärischen Anforderungen verbluten. Das schlägt doch den Thatsachen in's Gesicht. Seit einem Jahrzehnt nahezu geht es mit Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung thatsächlich nicht ab-, sondern aufwärts. Von den großen Nothständen, welche im ersten Jahrzehnt des Bestehens des deutschen Reiches ausgedehnte Bezirke desselben heim suchten, sind wir in diesem zweiten Jahrzehnt fast ganz verschont worden. Das Nationalvermögen hat zugenommen und der niedrige Zinsfuß beweist, daß wir nicht an Geldmangel leiden. Durch Uebertreibungen, wie die obenerwähnte, wird mehr geschadet als genützt;

sie ermutigen unsere Gegner in Europa nur zu immer weiteren Anstrengungen in der Erwartung, daß Deutschland bald außer Stand gesetzt sei, ferner Schritt halten zu können. — Es ist bemängelt worden, daß große Ausgabe-posten beim Heeresetat in dem Statsentwurf ohne eingehende Erläuterungen geblieben sind. Es liegt auf der Hand, daß gerade verschiedene Posten des Heeresetats nicht in einer der Öffentlichkeit zugänglichen Schrift, die auch in die Hände Derer gelangt, gegen welche wir uns rüsten, detaillirt erörtert werden können. Das ist früher in dergleichen Fällen nicht geschehen und wird auch in Zukunft nicht angängig sein.

## Rundschau.

— Der Reichstag wird in dieser neuen Session mit Initiativ-Anträgen geradezu überschüttet. Da diese Anträge größtentheils von vornherein aussichtslos sind und den Antragstellern dies auch bekannt ist, so kann der Zweck dieser Anträge nur sein, nach außen zu wirken. Die begonnene Session ist die letzte der laufenden Legislaturperiode, in welcher erfahrungsgemäß die Agitation für die Neuwahlen betrieben wird. Seitens der Deutschkonservativen ist zunächst nur der Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises beim Handwerk eingebracht worden, und zwar in derselben Gestalt, wie in der vorigen Session. Was damals zur Beurtheilung des Antrages gesagt worden, gilt demnach auch heute noch. Die Deutschfreisinnigen haben ein ganzes Füllhorn von Anträgen ausgeschüttet. Sie verlangen zunächst Aufhebung der Zölle auf Schweine und Schweinefleisch, ferner die Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbotes an der dänischen Grenze. Solange das, wie es scheint, jetzt auch von den Deutschfreisinnigen als nothwendig anerkannt Schweine-Einfuhrverbot an der Ostgrenze besteht, wird die Aufhebung des Zolles auf Schweine von keiner nennenswerthen Wirkung sein können. Die Erhöhung der Fleischpreise ist, wie schon früher dargelegt, nur eine vorübergehende Erscheinung, die wahrscheinlich schon mit Beginn des nächsten Jahres schwinden wird. Einer solchen gegenüber trifft man nur im argen Nothfall Ausnahmemassregeln, durch welche die Produktionsverhältnisse in ein kritisches Stadium gebracht werden. Ferner verlangen die Freisinnigen Herabsetzung der Kohlenzölle, bezw. Einführung von Ausnahmetarifen für die Einführung ausländischer Kohlen. Begründet wird dieser Antrag mit den Interessen der Industrie und Landwirtschaft. Wie die Deutschfreisinnigen für die Interessen der deutschen Landwirtschaft fühlen, beweist der obenerwähnte Schweinezoll-Antrag. Weiter verlangen die Freisinnigen Aufhebung des obligatorischen Arbeitsbuches für Bergleute. Wie nahe den Deutschfreisinnigen das Interesse der Bergleute liegt, beweist wieder der Kohlenantrag, welcher der ausländischen Konkurrenz Thür und Thor in Deutschland öffnen soll, was natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse der deutschen Bergarbeiter bleiben könnte. Die übrigen Anträge der Deutschfreisinnigen sind alte Bekannte; Modifikation der Militärgerichtsbarkeit, Sicherung der geheimen Wahlen, Ersatzpflicht des Staates bei unbegründeter Beschlagnahme von Druckschriften und Veröffentlichung von Abänderungen des amtlichen Waarenzeichnisses.

— Höchst Wichtiges über die Ansichten des Sultans bezüglich der äußeren Politik theilt der bekannte Forscher Bamberg mit, welcher eine Audienz bei dem Sultan hatte. Der Sultan erklärte, die Türkei dürfe der Tripelallianz nicht beitreten, weil die Situation ihr strengste Neutralität auferlege. Solange das ottomanische Reich Allirte hatte, wurde es durch freundliche, aber sehr oft unangenehme Rathschläge an der Entwicklung seiner geistigen und materiellen Kräfte behindert, was jetzt nicht der Fall sei. Am vortheilhaftesten sei es für die Türkei, mit allen Mächten

gleich freundlich zu sein und keine durch eine Hinneigung zu einer anderen Macht zu reizen. Das Reich habe Sympathie-Kundgebungen oft theuer bezahlen müssen. Freunde nahmen ihm mehr als Feinde. Nun müsse die Türkei bis zum kritischen Moment verhehlen, nach welcher Seite sie sich neige. Die Ankunft des deutschen Kaisers sei ein glückliches Ereigniß von außerordentlicher Wichtigkeit, zumal Rußland seit Monaten bemüht war, dieses Reiseprojekt zu hintertreiben. Die Großen des Landes seien hochbefriedigt über diesen Erfolg der russischen Diplomatie. Einen unmittelbaren Erfolg könne die Reise allerdings nicht haben, weil die Herrscher aktuelle politische Gespräche meiden werden. Auf der Pforte fürchtet man, Graf Bismarck und Radowiz werden douce violence anwenden, um die Türkei zum Anschluß an die Tripelallianz zu vermögen. Allein der Sultan sei fest entschlossen, hierauf nicht einzugehen. Mit dem Stande der bulgarischen Angelegenheit sei der Sultan zufrieden; Alles sei in ruhigem Gange und die Grenze des Reiches nicht beunruhigt. Bamberg stattete dem Sultan seinen Glückwunsch anlässlich der Pazifikation Kreta's ab. Der Sultan sagte damals: Wie erlogen die von griechischen Blättern gemeldeten Greuelthaten seien, gehe daraus hervor, daß Rußland durch seinen Botschafter Schakir Pascha zu der Pazifikation Kreta's beglückwünschen ließ. Am meisten an's Herz gewachsen ist dem Sultan die armenische Frage. Der Sultan sei entschlossen, mit allen Kräften das Ansinnen abzulehnen, ein autonomes Armenien nach Form Bulgariens zu errichten. In Bulgarien bildeten die Muhamedaner den vierten Theil der Bevölkerung, in den Vilajets Erzerum, Tiflis, Würsch, Wan und Diabekir bilden sie zwei Drittel der Einwohnerchaft. Es ginge nicht an, wegen eines Drittels zwei Drittel Kurden und Türken auszurotten. Mißhelligkeiten kämen zwischen Kurden und Armeniern vor, wie überall, wo Nomaden mit der sesshaften Bevölkerung in Berührung kommen. Die Regierung könne gegen die Kurden nicht energisch genug sein, weil dieselben binnen einer halben Stunde auf russisches oder persisches Gebiet verschwinden. Bamberg schildert den Sultan als einen sehr ersten Herrscher, den man immer zwischen Zeitungen und Akten völlig vergraben finde. Er denke stets nur an das Wohl des Reiches.

— Die unerwartete Wendung, welche die Dinge in Samoa durch den Verzicht Malietoa's auf die Königswürde genommen haben, hat die seit Monaten als abgeschlossen betrachtete Verständigung zwischen Deutschland und Amerika vor eine neue und unvorhergesehene Probe gestellt. Die amerikanische Regierung ist durch den Thronverzicht des ehemaligen Häuptlings augenscheinlich ebenso überrascht worden wie die deutsche. Die Nachricht über die Abdankung Malietoa's zu Gunsten Mataafa's verursachte große Unruhe im Staatsdepartement Washington. Wenn der amerikanische Senat aus dem inzwischen Vorgefallenen in der That Anlaß nehmen sollte, den Berliner Beschlüssen seine Genehmigung zu versagen, so wäre das ganze Werk der Samoakonferenz wieder aufgelöst, und die Bemühungen, eine Verständigung zu finden, könnten auf's Neue beginnen. Die amerikanische Regierung würde den jetzigen König Mataafa zwar ohne Zweifel eben so gern anerkennen, wie Malietoa, die deutsche Regierung aber hält an den einmal getroffenen Abmachungen fest und würde sich zu einer Anerkennung desjenigen Häuptlings, mit dem sie sich in einem monatelangen Kriegszustande befunden, schwerlich verstehen. Die Amerikaner können andererseits gegen diese Weigerung nichts einwenden, da die deutsche Regierung mit derselben sich streng innerhalb der vertragsmäßigen Grenzen hält. Wenn Amerika sich bewegen läßt, seinen Einfluß dahin auszuüben, daß die Person Mataafa's nicht, wie Malietoa es wünscht, bei der neuen Königswahl in erster Linie in Betracht gezogen wird, so wäre es leicht, die jetzt hervorgetretene neue Klippe für das Einvernehmen zwischen Deutschland und Amerika zu vermeiden.









Trogdem derselbe erst 14 Jahre zählt und noch die Schule besucht, hat er sich kürzlich mit der 24 Jahre alten Annie Gushing, einer Organistin, verheiratet. — Nach einer Kabellepese aus New-York wurden im Territorium der Choctaw Nation durch eine Explosion schlagender Wetter 16 Arbeiter sofort getödtet. Vier Schwerverletzte sind später noch gestorben.

Letzte Nachrichten.

Breslau, 24. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete Amtsgerichtsrath Letocha in Berlin, Mitglied des Zentrums, erklärt in einem an eine ober-schlesische Bergarbeiter-Deputation gerichteten längeren Schreiben, „daß er sich nach gewissenhafter Prüfung nicht mehr stark genug fühle, das zwar ehrenvolle, aber überaus verantwortliche Reichstagsmandat des ober-schlesischen Montandistrikts von Neuem zu übernehmen“.

Mannheim, 23. Oktober. Nach der Neuen Badischen Landeszeitung ergaben die Landtagsnachwahlen das erwartete Resultat. Die Ultramontanen gewannen 5 Sitze, die Demokraten einen. Die Wahl in Freiburg-Stadt blieb unentschieden.

Koburg, 23. Oktober. Prinz Ferdinand von

Koburg ist heute Mittag zum Besuche seiner Verwandten hier eingetroffen und beabsichtigt, Nachts nach Sofia zurückzukehren. Der Prinz reist unter dem Namen Graf von Murany.

Brüssel, 23. Oktober. Die Ausstandsbewegung im Pas de Calais gewinnt wieder an Ausdehnung; heute feiern 13 000 Arbeiter. Im Nord ist Alles ruhig. Die Arbeiter der Gesellschaft von Anzin scheinen sich mit der ohne Arbeitseinstellung erreichten Lohnerhöhung von 10 pCt. zufrieden zu geben.

Wien, 23. Oktober. Die Meldung von der Entgleisung des Sonderzuges, welcher das Gefolge des Kaisers Wilhelm führte, ist unwahr.

Rom, 23. Oktober. Das deutsche Kaiserpaar trifft gegen den 12. November wieder in Monza ein, wo es zwei Tage verweilen wird.

London, 23. Oktober. Das Blatt „Truth“ versichert, daß der Gesundheitszustand des Prinzen von Wales andauernd schwere Besorgnisse erzeuge, und daß seine jetzige Reise nach Athen gegen den Rath der Aerzte unternommen sei, welche von den unvermeidlichen Anstrengungen schlimme Folgen befürchten.

Bristol, 23. Oktober. Unter den Dockarbeitern ist heute ein Strike ausgebrochen; 1000 Arbeiter haben bereits die Arbeit eingestellt.

Chicago, 23. Oktober. Die Jury, welche in der Mordaffaire Cronin verhandeln soll, ist nunmehr gebildet.

Original-Telegramm des Hirschberger Tageblatt.

München, 24. Oktober. (Wolff's Telegr.-B.) Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses bezeichnete Minister Lus den Zustand des Königs als unverändert. König Otto nimmt unbewußt und unregelmäßig seine Nahrung auf.

Wetterhaus am Postplatze, 24. Oktober, Nachmittags 1 Uhr.

Barometer heut 732 gestern 722
Thermometer = + 8 gestern + 7 C. R.
Höchster Stand heut: + 8 gestern + 11 C. R.
Niedrigster Stand heut + 5 gestern + 5/2 =

Hirschberg, 24. Oktober. (Marktbericht.) Weißer Weizen per 100 kg 17,40 bis 18,60—19,00 Mk. Gelber Weizen per 100 kg 17,40—18,50—18,90 Mk. Roggen per 100 kg 17,40—17,60—17,80 Mk. Gerste per 100 kg 16,00—17,30—18,30 Mk. Hafer per 100 kg 14,00—14,80—15,00 Mk. Butter der halbe Sack 0,95—1,00 Mk Eier die Mandel 85—90 Pf.

Courszettel des Hirschberger Tageblatt.

Table with multiple columns containing financial data, including 'Deutsche Fonds', 'Ausländische Fonds', 'Eisenbahn-Stamm-Actien', 'Verstaatlichte Eisenbahnen', 'Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig.', 'Ausländ. Eisenb.-Prior.-Oblig.', 'Hypotheken-Certifikate', 'Bergwerks- und Hütten-Gesellsch.', and 'Industrielle Gesellschaften'. Each section lists various securities and their current market prices.